

Vorsorgeregelungen

Patientenverfügung - Vorsorgevollmacht - Betreuungsverfügung

von
Nina Lenz-Brendel, Julia Roglmeier

1. Auflage

Vorsorgeregelungen – Lenz-Brendel / Roglmeier

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Allgemeines



Verlag C.H. Beck München 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 60117 0

	Gesetzlicher Güterstand	Vertraglicher Güterstand
1. 4. 1953 bis 30. 6. 1958	Gütertrennung, §§ 1426 ff. BGB a. F.	<ul style="list-style-type: none"> – allg. Gütergemeinschaft, §§ 1437 ff. BGB a. F. – Fahrnisgemeinschaft, §§ 1549 ff. BGB a. F. – Errungenschaftsgemeinschaft, §§ 1519 ff. BGB a. F.
ab 1. 7. 1958	Zugewinnngemeinschaft, §§ 1363 ff. BGB	<ul style="list-style-type: none"> – Gütertrennung, §§ 1414 BGB Gütergemeinschaft, §§ 1415 ff. BGB – Gütertrennung ferner in den Fällen der §§ 1388, 1414, 1449, 1470 BGB

Leben Eheleute im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft, bleibt jeder Ehegatte Herr seines eigenen Vermögens. Es wird kein gemeinschaftliches Vermögen der Eheleute begründet. Wird die Ehe durch Scheidung oder den Tod eines der Ehegatten aufgelöst, so findet ein Zugewinnausgleich statt. Anfangs- und Endvermögen der Eheleute werden miteinander abgeglichen. Derjenige der Eheleute, der während der Ehe ein höheres Vermögen erwirtschaftet hat, ist dem anderen zum Ausgleich verpflichtet. Er hat die Hälfte seines Mehrerwerbes an den anderen Ehegatten herauszugeben. Wird die Ehe der Eheleute durch den Tod eines der Ehegatten aufgelöst, erfolgt der Zugewinnausgleich durch pauschale Erhöhung der Erbquote des überlebenden Ehegatten. Die Erbquote des überlebenden Ehegatten wird um $\frac{1}{4}$ erhöht.

Neben Kindern des Erblassers erbt der Ehegatte in Zugewinnngemeinschaft zu $\frac{1}{4}$. Unter Berücksichtigung der Zugewinnausgleichspauschale, beläuft sich die Erbquote des überlebenden Ehegatten auf insgesamt $\frac{1}{2}$. Neben Eltern und Geschwistern des Erblassers erbt der Ehegatte zu $\frac{1}{2}$. Seine Erbquote erhöht sich um $\frac{1}{4}$ auf $\frac{3}{4}$ in Folge des pauschalen Zugewinnausgleiches.

Für Eheleute im gesetzlichen Güterstand besteht eine Besonderheit. Der länger Lebende kann die Erbschaft nach seinem Ehegatten ausschlagen und stattdessen den konkreten Zugewinnausgleich verlangen. Hierneben erhält er noch den so genannten kleinen Pflichtteil aus seiner nicht erhöhten Erbquote. Der länger lebende Ehegatte muss im Erbfall stets prüfen, was für ihn rentabler ist: die Annahme der Erbschaft oder die Ausschlagung der Erbschaft verbunden mit

der Geltendmachung des Zugewinnausgleiches zuzüglich Pflichtteil. Der Güterstand der Gütertrennung unterscheidet sich vom Güterstand der Zugewinnngemeinschaft insoweit, als bei Beendigung der Ehe kein Zugewinnausgleich durchgeführt wird. Auch im Güterstand der Gütertrennung bleibt jeder Ehegatte Herr seines eigenen Vermögens. Für den Güterstand der Gütertrennung gilt als Faustregel für die Ermittlung der Erbquote:

Der Ehegatte erbt mindestens $\frac{1}{4}$, aber nie weniger als ein Kind. Neben Eltern und Geschwistern des Erblassers erbt der Ehegatte in Gütertrennung mindestens $\frac{1}{2}$.

Vereinbaren die Eheleute für ihre Ehe den Güterstand der Gütergemeinschaft, so wird mit Begründung der Gütergemeinschaft das Vermögen der Eheleute gemeinschaftliches Vermögen (Gesamtgut). Auch im Güterstand der Gütergemeinschaft wird bei Beendigung der Ehe ein Zugewinnausgleich nicht durchgeführt. Der Ehegatte erbt neben Kindern des Erblassers regelmäßig $\frac{1}{4}$, neben Eltern und Geschwistern des Erblassers regelmäßig $\frac{1}{2}$. Auch neben Großeltern des Erblassers beträgt die Erbquote des überlebenden Ehegatten $\frac{1}{2}$.

Übersicht zum Ehegattenerbrecht

Erbquote des Ehepartners (erbrechtliche Lösung)

Erbanteil des Ehegatten beim Güterstand der	Anzahl der noch lebenden Kinder (Stämme)			Keine Erben 1. Ordnung vorhanden, aber Erben 2. Ordnung bzw. Großeltern vorhanden; beachte § 1931 Abs. 1 Satz 2 BGB, falls ein Großelternteil verstorben ist	Keine Erben 1. und 2. Ordnung vorhanden, Großeltern bereits verstorben
	1	2	>2		
Zugewinnngemeinschaft	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{3}{4}$	$\frac{1}{1}$
Gütertrennung	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{3}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{1}$
Gütergemeinschaft	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{1}$

Tipp:

Vor dem 1. 7. 1958 konnte ein Ehegatte einseitig durch notarielle Erklärung die Fortgeltung des Güterstandes der Gütertrennung erklären.

Nach dem am 1. 8. 2001 in Kraft getretenen Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) können gleichgeschlechtliche Lebenspartner eine eingetragene Lebenspartnerschaft begründen. Begründen die Lebenspartner eine solche eingetragene Lebenspartnerschaft, entstehen hierdurch gesetzliche Erbrechte der Lebenspartner untereinander. Voraussetzung eines gesetzlichen Erbrechtes der Lebenspartner ist – dem Ehegattenerbrecht nachgebildet – das Bestehen einer rechtswirksamen Lebenspartnerschaft im Zeitpunkt des Erbfalles. Hatte also der Erblasser im Zeitpunkt des Erbfalles die Aufhebung der Lebenspartnerschaft beantragt oder einem solchen Antrag seines Lebenspartners zugestimmt, besteht kein gesetzliches Erbrecht des länger lebenden Lebenspartners. Angelehnt an das Ehegattenerbrecht bestimmen sich auch die Erbquoten der Lebenspartner danach, in welchem Vermögensstand die Lebenspartner miteinander lebten und mit welche Verwandten des Erblassers der Lebenspartner zur Erbfolge gelangt. Es werden drei Vermögensstände unterschieden:

- Ausgleichsgemeinschaft
- Vermögenstrennung
- Vermögensgemeinschaft.

Die Erbquoten richten sich nach § 10 Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG). Nach dieser Vorschrift erbt der Lebenspartner neben Erben der 1. Ordnung $\frac{1}{4}$, neben Erben der 2. und 3. Ordnung $\frac{1}{2}$. Sind keine Erben der ersten drei Ordnungen vorhanden, erbt der Lebenspartner allein. Hatten die Lebenspartner den Vermögensstand der Ausgleichsgemeinschaft vereinbart, erhöht sich die Erbquote des Lebenspartners pauschal um $\frac{1}{4}$ mit der Folge, dass seine Erbquote neben Erben der 1. Ordnung $\frac{1}{2}$ und neben Erben der 2. und 3. Ordnung $\frac{3}{4}$ beträgt. Der Vermögensstand der Vermögensgemeinschaft hat keinen Einfluss auf die Erbquote des Lebenspartners.

Für den Vermögensstand der Vermögenstrennung gilt: Kommt der Lebenspartner neben Abkömmlingen des Erblassers zur Erbfolge, so erbt er beim Vorhandensein von nicht mehr als zwei Abkömmlingen genau so viel wie diese. Sind mehrere Abkömmlinge vorhanden, erbt der Lebenspartner regelmäßig $\frac{1}{4}$.

Der Erblasser kann die Erbfolge nach sich durch Verfügung von Todes wegen selbst bestimmen. In der Verfügung von Todes wegen kann der Erblasser anordnen, welcher Teil seines Vermögens an welche Person oder Institutionen fallen soll. Erhält eine Person das Vermögen des Erblassers als Ganzes, so ist diese Person Alleinerbe. Sollen mehrere Personen das Vermögen des Erblassers als Ganzes erhalten, so sind sie Miterben. Der Erblasser kann sein Vermögen auch mehreren Personen zeitlich nacheinander zuwenden, indem er eine Vor- und Nacherbschaft anordnet.

Verfügungen von Todes wegen sind das Testament und der Erbvertrag. Bei Testamenten unterscheidet man das Einzeltestament, in welchem nur eine Person ihren letzten Willen niederlegt, vom so genannten gemeinschaftlichen Testament. Das gemeinschaftliche Testament enthält in einer Urkunde die letztwilligen Verfügungen mehrerer Personen. Die Möglichkeit zur Errichtung eines gemeinschaftlichen Testaments hat der Gesetzgeber allerdings Eheleuten und Partnern einer eingetragenen Lebenspartnerschaft vorbehalten. Während Testamente auch durch eigenhändige Schrift des Erblassers errichtet werden können, bedürfen Erbverträge stets der Beurkundung durch einen Notar.

Verfügungen von Todes wegen enthalten in erster Linie Erbeinsetzungen. Der Erblasser kann auch festlegen, welche Person auf keinen Fall Erbe werden soll (Enterbung).

Neben der Einsetzung einer Person zum Erben, kann der Erblasser sein Vermögen durch Anordnung von Vermächtnissen oder Auflagen verteilen.

II. Der Erbschein

Um sein Erbrecht im Rechtsverkehr nachzuweisen, benötigt der Erbe in aller Regel einen Erbschein. Der Erbschein ist das amtliche Zeugnis über die Erbfolge. Er gibt Auskunft über die Person des Erblassers: sein Name, Sterbetag und auch sein letzter Wohnsitz werden im Erbschein angegeben. Aus dem Erbschein geht außerdem hervor, wer Erbe zu welcher Erbquote geworden ist. Hat der

Erblasser in einer Verfügung von Todes wegen eine Testamentsvollstreckung oder eine Vor- und Nacherbfolge angeordnet, so wird auch dies im Erbschein vermerkt. Vermächtnisse, die der Erblasser angeordnet hat, werden im Erbschein nicht erwähnt.

Dem Erbschein kommt im Rechtsverkehr eine große Bedeutung zu. Es wird vermutet, dass den im Erbschein als Erben ausgewiesenen Personen das Erbrecht auch tatsächlich zusteht. Es werden verschiedene Arten von Erbscheinen unterschieden. Im so genannten gemeinschaftlichen Erbschein wird das Erbrecht der Miterben des Erblassers festgehalten. Den gemeinschaftlichen Erbschein kann jeder der Miterben für sich beantragen. Der einzelne Miterbe kann auch einen Teilerbschein beantragen, in welchem nur sein Erbrecht ausgewiesen wird. Rechtsgeschäfte, die ein Dritter mit dem sich durch Erbschein ausweisenden „Erben“ schließt, bleiben wirksam, auch wenn sich später die Unrichtigkeit des Erbscheins herausstellt.

1. Wo wird der Erbschein beantragt?

Zuständig für die Erteilung des Erbscheins ist das Nachlassgericht des Ortes, bei dem der Erblasser seinen letzten Wohnsitz hatte. Die Nachlassgerichte werden in der Regel bei den Amtsgerichten geführt. Es gelten jedoch landesrechtliche Besonderheiten. In Baden-Württemberg sind bspw. die Notariate als Nachlassgerichte für die Erteilung des Erbscheins zuständig. Die Entscheidung darüber, wem der Erbschein erteilt wird, obliegt dem Rechtspfleger, wenn die Erbfolge sich nach den gesetzlichen Erbfolgeregeln bestimmt. Der Richter entscheidet, wenn sich die Erbfolge aus einer letztwilligen Verfügung des Erblassers ergibt. Die Erteilung des Erbscheins erfolgt ausschließlich auf Antrag. Der Antrag kann ohne Einhaltung einer bestimmten Form zu Protokoll des Nachlassgerichtes erklärt werden.

2. Welche Angaben muss der Erbscheinsantrag enthalten?

Checkliste

Erbscheinsantrag

Im Erbscheinsantrag muss angegeben werden:

- ☐ Name und Todestag des Erblassers
- ☐ Erbfolge
- ☐ Namen der Erben
- ☐ Erbquoten
- ☐ Grund des Erbrechts
- ☐ gesetzliche Erbfolge (bei Eheleuten auch der Güterstand)
- ☐ gewillkürte Erbfolge (Testament oder Erbvertrag)
- ☐ Beschränkungen des Erbrechts
- ☐ Testamentsvollstreckung
- ☐ Vor- und Nacherbfolge.

Im Erbscheinsantrag ist außerdem anzugeben:

- ☐ das Verhältnis, auf dem das Erbrecht beruht (der Erblasser war Vater, Mutter, Bruder, Onkel, etc.), dies allerdings nur bei gesetzlicher Erbfolge
- ☐ weggefallene Personen, die das Erbrecht des Antragstellers beeinträchtigt hatten (Beispiel: Enkel erben nach den Großeltern nur, wenn Vater oder Mutter als Abkömmling des Großelternteil vorverstorben sind!)
- ☐ ob und welche Verfügung von Todes wegen vorhanden sind und warum sich die Erbfolge nicht oder gerade nach diesen bestimmt
- ☐ ob ein Rechtsstreit über das Erbrecht anhängig ist
- ☐ Erklärung, dass die Erbschaft angenommen wurde.

Muster

„Erbscheinsantrag“

An das

Nachlassgericht Ort, Datum ...

Nachlasssache Erblasser Xaver

Az.: XY

Ich beantrage die Erteilung eines Erbscheines wie folgt:

Alleinerbe des am ... verstorbenen Erblassers Xaver, zuletzt wohnhaft ..., ist der Antragsteller geworden aufgrund des handschriftlichen Testaments vom ..., beigelegt als Anlage.

Weitere Testamente oder sonstige letztwillige Verfügungen von Todes wegen hat der Erblasser nicht errichtet.

Der Erblasser war deutscher Staatsangehöriger. Er war in erster und einziger Ehe verheiratet mit der am ... vorverstorbenen Frau ..., vgl. die beigefügte Heirats- und Sterbeurkunde.

Ich bin der einzige Abkömmling des Erblassers. Meine Geburtsurkunde ist ebenfalls in der Anlage beigefügt. Es sind neben mir weder eheliche, nicht eheliche, für ehelich erklärte oder adoptierte Abkömmlinge vorhanden.

Die Geburt eines weiteren Kindes ist nicht zu erwarten. Auch sonstige Personen, die mein Erbrecht ausschließen oder verringern würden, sind nicht vorhanden.

Mein Erbrecht ist weder durch eine Testamentsvollstreckung, noch durch die Anordnung einer Vor- und Nacherbfolge beschränkt.

Ein Rechtsstreit über das Erbrecht ist nicht anhängig.

Der Nachlass hat einen Wert von ca. _ ...

Ich bin bereit, an Eides statt zu versichern, dass mir nichts bekannt ist, was der Richtigkeit meiner Angaben entgegensteht.

Mit freundlichen Grüßen

Der Antragsteller

Checkliste

Erbscheinsantrag II

Zur Bekräftigung des Antrags sind folgende öffentliche Urkunden vorzulegen:

- ☐ Sterbeurkunde
- ☐ Geburts- und Heiratsurkunden/Familienbuch
- ☐ Abstammungsurkunden
- ☐ gegebenenfalls Eheverträge.

Achtung!

Die Urkunden müssen in öffentlich beglaubigter Form vorgelegt werden. Sterbe-, Geburts-, Heirats- und Abstammungsurkunden erteilt der Standesbeamte am jeweiligen Wohnort. Eheverträge müssen in Ausfertigung (Notar!) vorgelegt werden. Die Angabe im Erbscheinsantrag, dass der Erblasser im gesetzlichen Güterstand der Zugewinnngemeinschaft lebte, muss ebenso wie die übrigen im Antrag enthaltenen Angaben durch Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung nachgewiesen werden.

3. Wo kann die eidesstattliche Versicherung erklärt werden?

Die Versicherung an Eides Statt kann vor dem Nachlassgericht oder vor einem Notar abgegeben werden. Die Erklärung ist entbehrlich, wenn das Gericht sie für nicht erforderlich hält und aus diesem Grund erlässt. Diese Möglichkeit ist daher im Erbscheinsantrag unbedingt zu berücksichtigen. Es entfallen beim Erlass der eidesstattlichen Versicherung durch das Nachlassgericht Kosten.

4. Wer kann den Erbschein beantragen?

Antragsbefugt sind:

- der Erbe, der einzelne Miterbe auch allein
- der Testamentsvollstrecker
- der Nachlassverwalter
- der Nachlassinsolvenzverwalter.

5. Wann wird ein Erbschein benötigt?

Der Erbschein ist das vom Nachlassgericht für den Erben ausgestellte Zeugnis über sein Erbrecht. Der Erbe benötigt den Erbschein, um am Rechtsverkehr teilnehmen zu können. Befindet sich im Nachlass des Erblassers Guthaben bei Banken, so muss der Erbe, der Abhebungen tätigen will, den Erbschein vorlegen. Dies ergibt sich aus den allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken und Sparkassen. Oftmals reicht den Banken aus, wenn eine beglaubigte Abschrift des Testaments nebst Eröffnungsprotokoll vorgelegt wird.

Achtung!

Nach neuester Rechtsprechung ist die Bank sogar verpflichtet, die Kosten eines Erbscheins zu tragen, wenn sie ausdrücklich auf Vorlage des Erbscheins besteht, obwohl ein notarielles Testament in beglaubigter Form und ein Eröffnungsprotokoll vom Erben vorgelegt wurden.

Befindet sich im Nachlass Grundbesitz, so benötigt der Erbe zur Grundbuchberichtigung gleichfalls einen Erbschein, es sei denn, der